

HAITI

Wahlen in den Zeiten der Cholera

Erdbeben, Hurrikan, Seuchen – braucht Haiti ausgerechnet jetzt eine neue Regierung? Ja – denn die alte Elite kann den Wiederaufbau nicht in Gang bringen

VON Andrea Böhm | 25. November 2010 - 07:00 Uhr



© Joe Raedle/Getty Images

Wahlkampf in Haiti: Unterstützer der Präsidentschaftskandidatin Mirlande Manigat

Es fehlt eigentlich nur noch die Pest. Im Januar zerstörte eines der schlimmsten Erdbeben Haitis Hauptstadt Port-au-Prince und tötete mehr als 200.000 Menschen. Wenige Monate später folgte die Hurrikan-Saison mit ihren Regenfluten. Dann kam die Cholera. Und nun stehen am 28. November auch noch Wahlen an. Wahlen? In diesem Katastrophengebiet?

Mehr als 1200 Menschen sind inzwischen an der Cholera gestorben, Tausende sind infiziert, es fehlt an Medikamenten und sauberem Wasser. Weil das Gerücht umgeht, das Virus sei durch Blauhelme aus Nepal eingeschleppt worden, kam es vor einigen Tagen zu Ausschreitungen gegen Soldaten der UN-Mission. Zwei Menschen wurden erschossen. Womöglich wurde der Aufruhr gezielt geschürt, wahrscheinlich entlud sich in den Protesten auch die Wut darüber, dass zehn Monate nach dem Erdbeben allen internationalen Versprechungen zum Trotz das Leben zwischen Trümmern zum Dauerzustand geworden ist.

Wahlen scheinen das Letzte zu sein, was die Haitianer jetzt brauchen. Sollten sie in Betrugsvorwürfen und Unruhen münden, könnte dies das Land völlig destabilisieren. Einigermaßen friedlich und korrekt durchgeführt, könnten sie Haiti aus seiner Lähmung heraushelfen. Denn nur eine neue, halbwegs demokratisch legitimierte Regierung kann den Wiederaufbau endlich in Gang setzen.

Eine Million Menschen sind immer noch ohne festes Dach über dem Kopf. Von der zugesagten Wiederaufbauhilfe in Höhe von knapp neun Milliarden Dollar ist kaum etwas im Land angekommen. Diese Zwischenbilanz hört sich an, als wären die Prognosen der größten Pessimisten wahr geworden: Kaum sind die Kamerateams abgezogen, versiegt auch die Hilfe , hatten sie prophezeit.

Doch das Problem ist in diesem Fall ein anderes. Die lokale wie internationale Nothilfe unmittelbar nach der Katastrophe hat passabel funktioniert. Was überhaupt nicht klappte, war der in jeder Krise schwierige Übergang zur mittel- und langfristigen Aufbauhilfe. Haiti, schon vor dem Erdbeben ein dysfunktionaler Staat am Tropf von UN und Hilfsorganisationen, ist seither ein Land in Not , aber fast ohne jede Infrastruktur, um Hilfe kanalisieren zu können. *Absorption capacity* heißt das im Fachjargon: die Fähigkeit, Gelder aufzunehmen und in effektiven Wiederaufbau zu investieren.

Erst das Erdbeben – und jetzt auch noch die Republikaner

Nichts illustriert dieses Dilemma besser als die Millionen Kubikmeter Trümmer, die immer noch herumliegen. Keine Hilfsorganisation hat das nötige schwere Gerät, um den Schutt zu beseitigen. Die Regierung, nach dem Erdbeben zum großen Teil selbst verschüttet, brauchte Monate, um ausländische Abbruchfirmen zu beauftragen. Die wiederum brauchen Monate, bis sie wissen, wo sie was abreißen dürfen und wo der Schutt abgeladen werden kann.

Keine Regierung würde unter diesen Umständen eine besonders gute Figur machen. Aber Haitis Präsident René Preval, der nach zwei Amtszeiten nicht wieder kandidieren darf, hat mit seiner monatelangen Schockstarre bei der Bevölkerung fast jedes Ansehen verloren.

Ein Mindestmaß an politischem Rückhalt braucht der nächste Präsident – nicht zuletzt, weil internationale Geberländer auf eben diese neue Regierung warten, um erste Geldzusagen einzulösen. Zu den aussichtsreicheren Kandidaten zählen Marlinde Manigat, eine ehemalige Senatorin, Jude Celestin, Minister im aktuellen Kabinett, und Michel Martelly, ein populärer Musiker, der seinen Wahlkampf vor allem mit dem Hinweis bestreitet, kein Politiker und damit nicht Teil der korrupten Elite zu sein. Es ist gut möglich, dass sich die Haitianer bis zu einem zweiten Wahlgang Mitte Januar gedulden müssen, um zu erfahren, wer ihr neuer Staatschef und wer ihr neuer Premierminister wird.

Letzterer wird dann an der Seite von Bill Clinton, UN-Sondergesandter für Haiti, die Leitung der »Interim Haiti Recovery Commission« übernehmen, die den Wiederaufbau koordinieren soll. Vor allem Clinton wird die Aufgabe zufallen, in Washington auf die Freigabe der versprochenen Aufbauhilfe zu drängen. Die wird seit Monaten im Kongress blockiert. Der größte Teil, mehr als eine Milliarde Dollar, weil Außenministerin Hillary Clinton den zuständigen Kongressausschüssen noch keine genaue Rechenschaft über die Verwendung des Geldes abgelegt hat. Einen kleineren Teil – 500 Millionen Dollar – blockiert der republikanische Senator Tom Coburn, der erst nachgeben will, wenn die Obama-Regierung ebenjene 500 Millionen Dollar durch Kürzungen in anderen

Haushaltsposten wieder eingespart hat. Nach dem Erdbeben, den Hurrikans und der Cholera haben die Haitianer jetzt auch noch unter den wieder erstarkten Republikanern im US-Kongress zu leiden.

COPYRIGHT: ZEIT ONLINE

ADRESSE: <http://www.zeit.de/2010/48/Haiti>